

presse

Maghreb: Neustart der Mittelmeerunion erforderlich

Anlässlich der aktuellen Unruhen in Tunesien und Algerien erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Günter Gloser:

Die Toten und die vielen Verletzten der vergangenen Tage sind Opfer einer Krise, die sich lange angekündigt hat. Diese Krise bietet einen traurigen Einblick in tiefergreifende Probleme der Region. Seit vielen Jahren werden zwar Teilerfolge des Umbaus der Länder des Maghreb beobachtet, meist bleiben diese aber Stückwerk. Solange zum Beispiel Verbesserungen im Bildungsbereich nicht auch von einem grundlegenden Umbau der Wirtschaft und von politischen Reformen begleitet werden, gibt es für die vielen jungen, gut ausgebildeten Menschen keine Perspektive. Tunesien und Algerien, aber auch deren nordafrikanische Nachbarländer müssen sich diesen Reformen genauso dringend widmen wie der Frage einer regionalen Integration, ohne die das dringend benötigte Wirtschaftswachstum nicht zu erreichen ist.

So liegt die Verantwortung für die Entwicklung zwar vor allem bei den Regierungen der Länder des Maghreb selbst. Aber auch die Nachbarn nördlich des Mittelmeers sind eine Antwort auf die strukturellen Probleme der Region schuldig - und zwar im eigenen Interesse. Im Falle Tunesiens bieten die Verhandlungen der EU über ein "Statut avancé" für das Land eine Gelegenheit, über umfassende Reformen zu verhandeln. Vor allem aber erscheint es für die gesamte Region als ein tragisches Scheitern der Europäischen Union, dass die 2008 mit viel Pomp gegründete "Mittelmeer-Union" bis heute nicht wirklich ihre Arbeit aufgenommen hat. Immer wieder wurde diese gut gemeinte Initiative zur Geisel des Nahost-Konflikts. Es wurden nicht nur Gipfeltreffen der "Union für das Mittelmeer", sondern auch konkrete Kooperationsprojekte für Wirtschaft, Bildung, Umwelt und Zivilgesellschaft immer wieder blockiert und aufgeschoben.

Europa und die Mittelmeeraanrainer brauchen einen Neustart der Mittelmeerunion. Dabei müssen konkrete Projekte, die auch der Perspektivlosigkeit junger Menschen im Maghreb entgegenwirken können, endlich von der großen Politik entkoppelt und im Interesse aller Beteiligten schnell und unbürokratisch umgesetzt werden.